

DBSH aktiv bei den dbb-Gewerkschaftstagen 2007

Unter reger Teilnahme des DBSH fanden vom 25. bis 28. November 2007 in Berlin die Gewerkschaftstage 2007 von dbb beamtenbund und tarifunion und der dbb tarifunion statt. Mehr als 1.400 Delegierte, Gastdelegierte und Gäste aus dem In- und Ausland kamen zu Beratungen und Neuwahlen auf Bundesebene zusammen. Mit dabei als Delegierte für den DBSH waren Heidi Bauer-Felbel, Gabi Böhme, Hille Gosejacob-Rolf, Michael Leinenbach, der neue Vorsitzende des DBSH-Landesverbandes Niedersachsen Frank Mattioli-Danker, Gabriele Stark-Angermeier, Wolfgang Stobbe und als Gastdelegierte Frank Hail, Katharina Motzke, Lisa Schmieder und Eckhard Weider.

Delegierte auf dem dbb-Gewerkschaftstag 2007

Auf dem Gewerkschaftstag des dbb beamtenbund wurde Peter Heesen mit einer Zweidrittelmehrheit der Delegiertenstimmen in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt. Auch bei der dbb tarifunion wählten die Delegierten erneut Frank Stöhr als ersten Vorsitzenden, der qua Amt gleichzeitig zweiter Vorsitzender von dbb beamtenbund und tarifunion ist.

Ein voller Erfolg sind die vom DBSH und seinen Untergliederungen im Vorfeld erarbeiteten und eingereichten Anträge an die Gewerkschaftstage (FORUM Sozial berichtete in der Ausgabe 3/2007), denn sie wurden mit nur wenigen Ausnahmen und Änderungen von den Delegierten angenommen oder als Arbeitsmaterial an die Bundesleitung weitergereicht (genaue Auflistung der thematisierten Anträge s.u.). Dies bedeutet, dass zukünftig der dbb auf Bundesebene die in diesen Anträgen geäußerten Anliegen vertritt, wovon sich der DBSH eine viel größere politische Schlagkraft zur Durchsetzung seiner Forderungen erhoffen kann.

So wurden beispielsweise die Anträge zum Schutz des Kindeswohls, zum Ausbau und zur Qualität der Kinderbetreuung, zur mobilen Jugendarbeit und zur Festlegung fachlicher Standards in der Sozialen Arbeit sowie zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements angenommen. Als Arbeitsmaterial eingestuft wurden u.a. der Antrag zu einem Berufsgesetz Soziale Arbeit, zur Regelsatzerhöhung für Kinder im ALG II und zur Einrichtung von Tätigkeitsmerkmalen einer neuen Entgeltordnung zum TVöD im Bereich Soziale Arbeit. Klar abgelehnt wurden demgegenüber die Anträge zum gebührenfreien Studium sowie zur Unterstützung von Arbeitsloseninitiativen durch die Gewerkschaften.

Auf der öffentlichen Veranstaltung, auf der zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Politik - unter ihnen auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble - Ansprachen hielten und Grußworte übermittelten, zeigte sich Heesen für die anstehende Tarifrunde 2008 kampfbereit und betonte die Notwendigkeit von handlungsfähigen Landesbünden des dbb aufgrund der Föderalismusreform. Diesem Umstand trug auch der Gewerkschaftstag Rechnung, indem zukünftig nach geänderter Satzung den Landesbünden 55 Prozent der Jahresbeitragseinnahmen des dbb zukommen werden. Frank Hail, Frank Mattioli-Danker

Beschlussfassung der Delegierten

Gestellte Anträge: 22; davon angenommene Anträge: 10; davon abgelehnte Anträge: 2; davon Anträge, die als Arbeitsmaterial an die Bundesleitung gegeben werden: 10

Die Inhalte der Anträge werden weiter unten zusammen gefasst dokumentiert.

Anträge an den Gewerkschaftstag dbb:

Nr.	Titel	Ergebnis
65	Einhaltung von Qualitätsstandards in der Sozialen Arbeit	Annahme
94	Jugendhilfe und Schule, Erziehung, Bildung und Betreuung	Annahme mit Änderung
95	Gebührenfreies Studium	Ablehnung
103	Berufsgesetz Soziale Arbeit	Arbeitsmaterial
347	Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements	Annahme als Leitantrag
365	Rechtsanspruch auf Beratung älterer Menschen	Arbeitsmaterial
366	Wiedereinführung einmaliger Beihilfen SGB XII	Arbeitsmaterial
367	Ausbau der Qualifizierung und Qualitätssicherung innerhalb der Sozialen Arbeit durch Festlegung fachlicher Standards	Annahme als Leitantrag
368	Staatliche Anerkennung, Einführung von Mindeststandards für die Soziale Arbeit	Annahme als Leitantrag
435	Einforderung der sozialen Verantwortung der Arbeitgeber	Arbeitsmaterial als Antrag
436	Integrationshilfen und Diversity Management	Arbeitsmaterial
442	Erhöhung der Regelsätze für Kinder im ALG II (SGB II)	Arbeitsmaterial
445	Einstellung aller Ein-Euro-Jobs	Arbeitsmaterial (weil Textun-stimmigkeiten)
463	Neuaufnahme der „Mobilen Jugendarbeit“ als „erforderliches Angebot der Jugendarbeit“ in §11 SGB VIII	Annahme
464	Kinderbetreuung: Ausbau und Qualität gehören zusammen	Annahme
465	Schutz des Kindeswohl ist Verantwortung von allen	Annahme mit Änderungen
466	Verstärkung des Kinderschutzes durch den Ausbau von Präventionsmaßnahmen und begleitende Unterstützung für die Eltern (SGB VII, KIK)	Annahme
496	Unterstützung von Arbeitsloseninitiativen durch die Gewerkschaften	Ablehnung

Anträge an den Gewerkschaftstag der dbb tarifunion

Nr.	Titel	Ergebnis
20	Anrechnung von Stufenzeiten im TVöD bei Arbeitgeberwechsel	Annahme
55	Eingruppierung der Erzieherinnen und Erzieher im TVöD	Arbeitsmaterial
56	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) Einrichtung von Tätigkeitsmerkmalen einer neuen Entgeltordnung zum TVöD im Bereich: Soziale Arbeit	Arbeitsmaterial
101	Information über Beitragszahlungen in die Versorgungskasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Arbeitsmaterial

Forderungen des DBSH auf dem Gewerkschaftstag des dbb beamtenbundes und tarifunion 2007

Vom 25. bis 28.11.07 fanden in Berlin die Gewerkschaftstage des dbb sowie der dbb tarifunion statt. Der DBSH, als der Fachverband für die Soziale Arbeit und Fachgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion, ergreift auf diesen Gewerkschaftstagen die Gelegenheit, sich für die Profession der Sozialen Arbeit sowie für die Belange der Bürgerinnen und Bürger im Sozialen Bereich einzusetzen.

Aus diesem Grund hat der geschäftsführende Vorstand (GfV) eine Reihe von Anträgen an den Gewerkschaftstag beschlossen und an den dbb sowie die dbb tarifunion zur Beratung weitergeleitet.

Diese sind der folgenden Aufstellung zu entnehmen.

Michael Leinenbach
(Bundsvorsitzender)

Anträge Themenbereich „Berufspolitik“

Schaffung eines Berufsgesetzes

Der DBSH fordert vom Gesetzgeber, die entsprechenden rechtlichen Bedingungen für ein Berufsgesetz „Soziale Arbeit“ zu schaffen.

Dieses Gesetz soll auf ein Berufsregister aufbauend die formulierten Qualitätsstandards in der Praxis sichern. Das neue Berufsgesetz legt das Berufsbild und die erforderlichen Voraussetzungen für die Berufsausübung fest.

Das Berufsgesetz sollte folgende Inhalte haben:

- Das jeweilige Berufsbild des Tätigkeitsfeldes (Sozialarbeit / Sozialpädagogik, Erzieherinnen/Erzieher, Heilpädagoginnen/Heilpädagogen usw.).
- Die berufsethischen Prinzipien als Grundlage für die Ausbildung und das spätere Handeln.
- Die Schlüsselkompetenzen als Voraussetzung für die Tätigkeit im entsprechenden Beruf.
- Die Regelung für das Anerkennungsjahr: Dieses sollte mit einer eigenständigen Prüfung nach mindestens einjähriger Praxis in der Sozialen Arbeit während und/oder nach dem Studium der Sozialen Arbeit unter Beteiligung der zuständigen Stelle nachgewiesen werden.
- Ein ausreichendes Entgeltmodell für die Beschäftigung von Fachkräften.
- Ausbau der Qualifizierung und Qualitätssicherung innerhalb der Sozialen Arbeit durch die Festlegung fachlicher Standards

Der DBSH fordert vom Gesetzgeber, die entsprechenden rechtlichen Bedingungen (soweit eine Bundeszuständigkeit vorliegt – also in Jugendhilfe – SGB VIII, Behindertenhilfe – SGB IX, sowie in der Grundsicherung für Arbeitssuchende – SGB II) zu schaffen, dass innerhalb der Sozialen Arbeit der Ausbau der Qualifizierung und Qualitätssicherung entsprechend Berücksichtigung findet: Hier sind verbindliche und konkrete Regelungen zum Einsatz entsprechend qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Fachkräftegebot) und deren Fortbildung zu treffen.

Einhaltung von Qualitätsstandards in der Sozialen Arbeit

Der DBSH fordert vom Gesetzgeber, die entsprechenden rechtlichen Bedingungen zu schaffen, dass bei allen Auftragserteilungen im Investitionsbereich, bei Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Dienstleistungs- und im Sozialbereich, auf die Einhaltung tariflicher Bindungen, und auf – sofern vorhanden – Qualitätsstandards in der fachlichen Arbeit geachtet werden muss.

Staatliche Anerkennung / Einführung von Mindeststandards für die Soziale Arbeit

Der DBSH fordert die Bundesländer auf, die rechtlichen Bedingungen für die Staatliche Anerkennung (Mindeststandards) von SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen zu schaffen. Die zurzeit deutlich werdende Praxis, das bisherige Anerkennungsjahr (resp. zwei Praxissemester) zu verkürzen bzw. ganz abzuschaffen und auf eine gesonderte staatliche Prüfung zu verzichten, wird abgelehnt.

Gebührenfreies Studium

Der DBSH fordert von Bund und Ländern die entsprechenden rechtlichen Bedingungen für ein gebührenfreies Erststudium sowie Masterstudiengänge im konsekutiven Modell zu schaffen.

Anträge Themenbereich „Sozial- und Familienpolitik“

Verstärkung des Kinderschutzes durch den Ausbau der Präventionsmaßnahmen und begleitende Unterstützungen für Eltern (SGB VIII, KIK)

Der DBSH fordert vom Gesetzgeber, die entsprechenden rechtlichen Bedingungen zu schaffen, dass eine Verstärkung des Kinderschutzes durch den Ausbau der Präventionsmaßnahmen und begleitende Unterstützungen für Eltern (SGB VIII, KIK) ermöglicht wird.

Schutz des Kindeswohls ist Verantwortung von allen

Der DBSH fordert den Bundesgesetzgeber, die Länder, Kommunen und zuständigen Behörden auf, Maßnahmen zu ergreifen, die dazu führen, dass in der Verwaltung und in den Strukturvorgaben der Politik entsprechende notwendige Steuerungsprozesse Berücksichtigung finden. Gesetzliche Aufgaben und Leitsätze sind kurzfristigen Einsparungsmaximen vor Ort voran zu stellen und stärker zu betonen. Träger von Entscheidungsverantwortung sind gleichermaßen zu Konsequenzen anzuhalten, um einer fortgesetzten Individualisierung sozialer Probleme auch gegenüber der Mitarbeiterschaft zu begegnen.

Jugendhilfe und Schule (Erziehung, Bildung und Betreuung)

Der DBSH fordert die Bundesländer auf, entsprechende rechtliche Bedingungen zu schaffen, dass für den Einsatz der Sozialen Arbeit in Erziehung, Bildung und Betreuung fachliche Standards gewährleistet werden, die einen umfassenden Erziehungs- und Bildungsbegriff aufgreifen und Jugendhilfe/Soziale Arbeit als gleichberechtigte Säule gegenüber der schulischen Bildung akzeptieren.

Kinderbetreuung: Ausbau und Qualität gehören zusammen

Der DBSH fordert die Bundesländer auf, rechtliche Bedingungen zu schaffen, um einen qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung und frühkindlichen Bildung zu ermöglichen. Dies beinhaltet insbesondere Regelungen zur Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zur Größe der zu betreuenden Gruppen.

Erhöhung der Regelsätze für Kinder im ALG II (SGB II)

Der DBSH fordert vom Gesetzgeber, die entsprechenden rechtlichen Bedingungen zu schaffen, dass die Regelsätze für Kinder im Arbeitslosengeld II um die Höhe des Betrages des Kindergeldes erhöht werden.

Neuaufnahme der „Mobilen Jugendarbeit“ als „erforderliches Angebot der Jugendarbeit“ in § 11 SGB VIII

Der DBSH fordert vom Gesetzgeber, die entsprechenden rechtlichen Bedingungen zu schaffen, dass „Mobile Jugendarbeit“ in § 11 SGB VIII Absatz 3 zu den Schwerpunkten der Jugendarbeit gehören und unter Punkt 7 hinzugefügt wird.

Wiedereinführung einmaliger Beihilfen im SGB XII

Der DBSH fordert vom Gesetzgeber, die entsprechenden rechtlichen Bedingungen zu schaffen, dass die einmaligen Beihilfen des früheren Sozialhilferechts (jetzt SGB XII) für folgende Leistungsbereiche aus der Pauschalierung herausgenommen und gesetzlich zugesichert werden:

- Ersatzbeschaffungen
- Mehrbedarfe für Kinder (z.B. Klassenfahrten, Mittagstisch in Schulen, usw.)
- Energiekosten
- Hilfen bei Umzug
- Einrichtungshilfen

Rechtsanspruch auf Beratung für ältere Menschen

Der DBSH fordert vom Gesetzgeber, die entsprechenden rechtlichen Bedingungen zu schaffen, dass der Rechtsanspruch auf Beratung für ältere Menschen entsprechend SGB I / § 14 („Jeder hat Anspruch auf Beratung über seine Rechte und Pflichten nach diesem Gesetzbuch. Zuständig für die Beratung sind die Leistungsträger, denen gegenüber die Rechte geltend zu machen oder die Pflichten zu erfüllen sind.“) umgesetzt wird.

Stärkung bürgerschaftlichen Engagements

Der DBSH fordert vom Gesetzgeber, die entsprechenden rechtlichen Bedingungen für die Stärkung des bürgerlichen Engagements auch für die ehrenamtliche Mitarbeit in sozial - karitativen Vereinen und Verbänden, Berufsverbänden und Gewerkschaften, u. Ä. zu schaffen.

Einstellung aller Ein-Euro-Jobs

Der DBSH fordert vom Gesetzgeber, die entsprechenden rechtlichen Bedingungen zu schaffen, dass die Vermittlung in Ein-Euro-Jobs nur noch dann erfolgt, wenn zwingende Gründe zur Arbeitserprobung (analog der vormaligen Regelungen im Sozialhilferecht) vorliegen oder wenn bei erfolgreichem Durchlauf das Angebot einer tariflichen (auch befristeten) Anschlussbeschäftigung erfolgt. Die Zahl der jährlich vermittelten Ein-Euro-Jobs ist von über 500.000 auf 200.000 zu reduzieren.

Unterstützung von Arbeitsloseninitiativen durch die Gewerkschaften

Der DBSH beantragt, dass der dbb beamtenbund und tarifunion und die Mitgliedsgewerkschaften sich dafür einsetzen, dass Gelder für die Einrichtung und Unterhaltung von Arbeitsloseninitiativen zur Verfügung gestellt werden. Auch sollen der dbb und die dbb-tarifunion sich verpflichten, Projekte zur Unterstützung von Arbeitslosen auf Bundes- und Landesebene finanziell zu unterstützen.

Anträge Themenbereich „Tarifpolitik“

Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TvÖD): Durchsetzen von „Tätigkeitsmerkmalen einer neuen Entgeltordnung zum TVöD im Bereich: Soziale Arbeit“

Der DBSH fordert, dass bei der Entwicklung der neuen Eingruppierungsvorschriften „Tätigkeitsmerkmale einer neuen Entgeltordnung zum neuen TVöD im Bereich: Soziale Arbeit“ (Sozial- und Erziehungsdienst, Heilpädagogik, Krankenhaussozialarbeit, Bewährungshilfe, Jugendgerichtshilfe, Altenhilfe und betriebliche Sozialarbeit) mit dem Ziel einer höherwertigen Eingruppierung verhandelt werden sollen.

Die Notwendigkeit einer gesonderten Beschreibung der Tätigkeitsmerkmale ergibt sich aus der besonderen Fallverantwortung in den Feldern der Sozialen Arbeit und der Berücksichtigung des längst überfälligen Schaffens von Geschlechtergerechtigkeit.

Eingruppierung der Erzieherinnen und Erzieher im TVöD

Der DBSH fordert, entsprechend der Tätigkeitsmerkmale für Erzieherinnen und Erzieher, dass diese grundsätzlich in die Entgeltgruppe 8 eingruppiert werden sollen.

Anrechnung von Stufenzeiten im TVöD bei Arbeitgeberwechsel

Der DBSH fordert in die Tarifverhandlungen einfließen zu lassen, dass bei einem Arbeitgeberwechsel zukünftig die Dienstzeiten eines vorhergehenden Arbeitgebers angerechnet werden sollen (entsprechend § 2 AGG).

Einforderung der Sozialen Verantwortung der Arbeitgeber

Der DBSH beantragt, dass der dbb beamtenbund und tarifunion bei allen Verhandlungen und Gesprächen mit den Arbeitgebern die Soziale Verantwortung der Arbeitgeber einfordern sollen. Diese sollen Vereinbarungen zur Social Responsibility in Unternehmen schließen, Diversity Management einführen, Monitoring zur Sozialverpflichtung vereinbaren, usw.

Informationen über Beitragszahlungen in die Versorgungskasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Der DBSH beantragt, dass der dbb beamtenbund und tarifunion bei der Versorgungskasse Bund und Länder (VBL) vorstellig werden und dafür Sorge tragen soll, dass bei Unregelmäßigkeiten in der Beitragsleistung nicht nur die Beiträge überweisende Dienststelle, sondern auch die davon betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umgehend informiert werden.

Integrationshilfen und Diversity Management

Der DBSH beantragt, dass der dbb beamtenbund und tarifunion Vereinbarungen mit Arbeitgebern in Bezug auf Integrationshilfen und Diversity Management abschließen, die ein entsprechendes Monitoring vorsehen. Die öffentlichen Arbeitgeber müssen dazu verpflichtet werden, die entsprechenden Fördermaßnahmen und deren Erfolg zweijährig zu dokumentieren. Grundsätzlich sollten des Weiteren auch die Bestimmungen des AGG (Allgemeines Gleichstellungsgesetz) berücksichtigt werden.

Zusammenstellung: Michael Leinenbach